

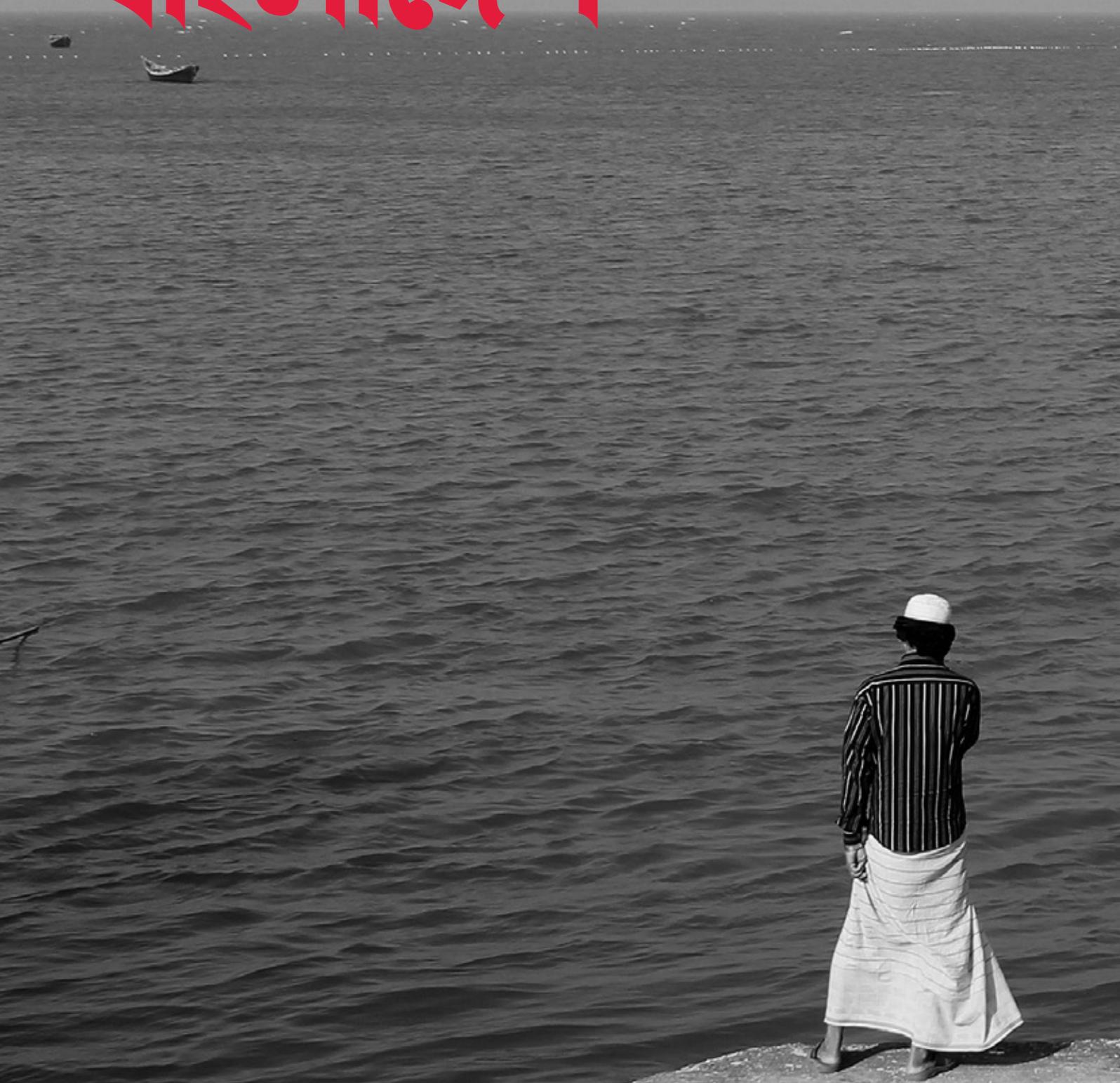
Partnerschaft Entwicklung Gerechtigkeit

G 8619

Bangladesch Zeitschrift

1/2016

NETZ
বাংলাদেশ



Kein Schutz in Sicht?

Flucht und Fluchtursachen in Bangladesch

NETZ - Bangladesch Zeitschrift

Nr. 1, 38. Jahrgang, 06.05.2016

NETZ kämpft für Menschenwürde und gegen Hunger in Bangladesch. Partnerschaftlich und professionell unterstützt NETZ Selbsthilfe – für Ernährung, Bildung und Menschenrechte.

Gefördert von Engagement Global im Auftrag des



Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

IMPRESSUM

Herausgeber: NETZ Partnerschaft für Entwicklung und Gerechtigkeit e.V. / Moritz-Hensoldt-Str. 20 / 35576 Wetzlar / Telefon: 06441-97463-0 / Fax.: 06441-97463-29 / E-Mail: zeitschrift@bangladesch.org ISSN: 1619-6570

v.i.S.d.P.: Dirk Saam

Layout: Sandra Schiffke

Titelfoto: Sven Wagner

Druck: Druckkollektiv GmbH

Redaktion: Serge Birtel, Peter Dietzel, Kai Fritze, Patrizia Heidegger, Benjamin Kühne, Maike Lüssenhop, Moritz Marbach, Philip Paulukat, Niko Richter, Dirk Saam, Amadea Schindler, Sven Wagner (Redaktionsleitung), Linda Wallbott.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder.

Die Zeitschrift erscheint vierteljährlich. Jahresabonnement: 20 € / Einzel exemplar: 5 €.

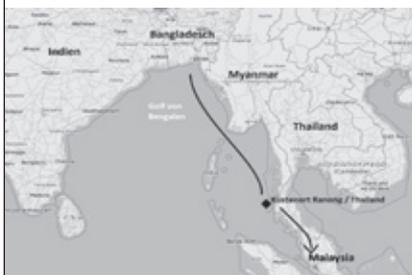


Thema: Flucht und Fluchtursachen in Bangladesch

Hoffnung und Enttäuschung

Auf der Flucht in Bangladesch

Von *Ulrike Märkel* und *Sven Wagner* **6**



Gefährlicher Seeweg

Von Bangladesch nach Südostasien **9**

Geflüchtete im eigenen Land

Wie Grenztruppen indigene Minderheiten vertreiben

Bericht: *Dighinala*
Landschutzkomitee **11**

Zwei Länder – ein Zaun

Die Grenze zwischen Indien und Bangladesch

Von: *Felicita Qualmann*, *Nicola Reitz*, *Lukas Heger* **15**

Politik und Gesellschaft

Meldungen aus Bangladesch

Zusammengestellt von Benjamin Kühne **19**

KULTUR



Buchrezension

Drahtseilakt – Erzählungen aus Bangladesch

Von *Maike Lüssenhop* **20**

NETZ aktiv



Meldungen aus der NETZ-Geschäftsstelle, Aktionen und Nachrichten. **22**



Sven Wagner
Redaktionaleiter

Liebe Leserinnen und Leser,

kaum etwas hat im vergangenen Jahr und bis heute nachwirkend die Öffentlichkeit hierzulande so sehr beschäftigt wie das Thema Flucht. Die Vielzahl an Menschen, die nach Europa und Deutschland kamen, um Schutz zu suchen vor Krieg, Verfolgung und Diskriminierung, ist Gegenstand zahlreicher Debatten geworden. Von Mitgefühl und Unterstützung bis zu Ablehnung und Gewalt reichen die Reaktionen.

Dass diese Menschen Deutschland vor unlösbare Probleme stellen, wie Rechtspopulisten immer wieder Stimmung machen, ist Unsinn – genauso wie das Bild der vermeintlich „unaufhaltsamen Flüchtlingsflut“, das all jene teils schwer traumatisierten Menschen pauschal diffamiert. Zweifellos wird der Zuzug derer, die bleiben können, unsere Gesellschaft verändern. Aber wie sich die Veränderung gestaltet, haben wir selbst in der Hand.

Was oft als Flüchtlingskrise bezeichnet wird, ist auch eine Rückwirkung weltweiter Unrechtsstrukturen auf den Globalen Norden, die dieser durch aggressive Handels- und Außenpolitik selbst geschaffen hat. Laut Vereinten Nationen sind derzeit 60 Millionen Menschen auf der Flucht. Doch Flucht ist nicht erst jetzt ein wichtiges Thema. Seit Jahrhunderten flüchten Menschen in der ganzen Welt vor Kriegen, Hunger und Unterdrückung, auf der Suche nach Arbeit und einer Perspektive.

Die Geburtsstunde Bangladeschs ist verbunden mit einer der großen Flüchtlingsbewegungen im 20. Jahrhundert. Im Unabhängigkeitskrieg 1971 flohen bis zu zehn Millionen Menschen, darunter sehr viele Hindus, vor den Gräu-

eltaten des pakistanischen Militärs und ihrer Kollaborateure ins benachbarte Indien.

Wie sieht es heute aus? Menschen fliehen aus Bangladesch vor Verfolgung – insbesondere Blogger boten jüngst Beispiele – oder weil ihnen als Minderheiten grundlegende Rechte vorenthalten werden. Andere verlassen das Land auf der Suche nach Arbeit.

Um dies zu ändern, müssen Fluchtursachen verstanden und behoben werden: Der Einsatz gegen strukturelle Ursachen von Armut wie Korruption und die Missachtung grundlegender Rechte muss gestärkt werden.

Aber Bangladesch ist auch ein Fluchtziel. Hunderttausende Angehörige der muslimischen Rohingya-Minderheit aus dem benachbarten Myanmar haben sich in Bangladeschs Südosten niedergelassen – weil sie in ihrem Ursprungsland nicht als Bürger anerkannt werden. Lesen Sie dazu die Geschichte von Sayed Alam, die Ulrike Märkel recherchiert hat, auf den Seiten 6 und 7. Ab Seite 8 beschreiben Lena Boeck und Elisabeth Olfemann die gefährliche Fluchtroute durch den Golf von Bengalen.

Flucht ist nicht immer etwas Internationales. Auch im eigenen Land werden Menschen vertrieben – beispielsweise von Brigaden der bangladeschischen Grenzsicherung. Den Fall schildert das Dighinala-Landschutzkomitee (Seiten 11 bis 14). Über den indischen Zaun entlang der Landgrenze zu Bangladesch lesen Sie auf den Seiten 15 bis 18.

Eine anregende Lektüre wünscht Ihnen

Sven Wagner



Kommen und Gehen

Text: Kai Fritze | Foto: Sven Wagner

Bangladesch zählt nicht zu den Unterzeichnern der Genfer Flüchtlingskonventionen von 1951, die den internationalen Schutz verfolgter Menschen sicherstellen soll. Dennoch ist das Thema Flucht mit der Geschichte und Gegenwart Bangladeschs eng verflochten: Große Flüchtlingsströme von Hindus verließen das Gebiet des heutigen Bangladeschs im Zuge der Dekolonisierung 1947, während aus dem heutigen Indien flüchtende Muslime einwanderten. Während des Unabhängigkeitskrieges 1971 suchten bis zu zehn Millionen Menschen aus Bangladesch, darunter viele Hindus, Zuflucht im benachbarten Indien.

Heute fliehen Rohingya aus Myanmar vor Diskriminierung aus ihrer Heimat nach Bangladeschs Südosten. Gleichwohl verlassen viele Bangladeschis das eigene Land aufgrund von Armut und politischer Verfolgung. Flucht ist auch innerhalb Bangladeschs sichtbar: Menschen verlassen ihre Dörfer, in der Hoffnung auf ein besseres Leben in Städten. Sie werden vertrieben und durch Landwegnahme ihrer Lebensgrundlage beraubt oder sind infolge des Klimawandels gezwungen, ihre Heimat an der Südküste zu verlassen.



Hoffnung und Enttäuschung

Auf der Flucht in Bangladesch

Von Ulrike Märkel und Sven Wagner

Viele Menschen, die fliehen und Schutz vor Krieg und Verfolgung suchen, sind durch ihre Erlebnisse schwer traumatisiert und oftmals psychisch enorm belastet. Hinter den abstrakten Flüchtlingszahlen, die insbesondere seit vergangenem Jahr viele Debatten in Deutschland ausgelöst haben, stehen einzelne Schicksale und individuelle Menschen. Einer von ihnen ist der junge Mann Sayed Alam.

Alam kommt aus Myanmar, dem ehemaligen Birma, und gehört zur Volksgruppe der Rohingya, einer muslimischen Minderheit, die vorwiegend in der westlichen, an Bangladesch grenzenden Rakhing-Region lebt. Die Rohingya sprechen eine dem Bengalischen ähnliche Sprache und werden in Myanmar abschätzig als Bengalen bezeichnet und rassistisch angefeindet.

Alles verloren

Sie sind in dem überwiegend buddhistischen Land aufgrund ihres muslimischen Glaubens Verfolgung ausgesetzt und werden, wie Alams Familie, immer wieder Opfer von Gewalttätigkeiten. Auch die Regierung geht gegen sie vor: 2012 wurden nach Ausschreitungen und Zusammenstößen mit buddhistischen Siedlern zehntausende Rohingyas gegen ihren Willen zwangsumgesiedelt. Der damalige Präsident Myanmars, Thein Sein,

Nach der Flucht: Dieses Bild ist das Einzige, was Sayed Alam von seiner Familie geblieben ist.



Foto: Ulrike Märkel

bezeichnete die Rohingyas in der Folge als „illegale Einwanderer“ und forderte, dass diese entweder in Flüchtlingscamps der Vereinten Nationen (United Nations, UN) ziehen oder das Land verlassen. Viele von ihnen flohen westwärts, in der Hoffnung in Bangladesch Zuflucht zu finden.

Politische Experten in Myanmar sprechen offen von einem drohenden Völkermord an den Rohingyas. Die UN stufen die Gruppe als die „am meisten verfolgte Minderheit der Welt“ ein. 140.000 Menschen sind zurzeit auf der Flucht vor Unterdrückung, Verfolgung und religiös motivierten Gewalttaten. In Bangladesch hatten sich der UN zufolge Mitte 2015 über 30.000 Angehörige der verfolgten Minderheit in den Flüchtlingslagern im südöstlichen Cox's Bazar registriert, die in oft unzumutbaren Zuständen sind. Nichtregierungsorganisationen (NGO) wie Research Initiatives, Bangladesh und die UN selbst sind dort aktiv

und unterstützen die Flüchtlinge. Behörden sind mit der Situation überfordert. Es handelte sich aber nicht um den ersten Rohingya-Flüchtlingstreck: Schon Ende der 1970er und Anfang der 1990er Jahre suchten hunderttausende Menschen in Bangladesch Zuflucht.

Sayed Alam ist Leidtragender dieser Entwicklungen. Er hat durch Unterdrückung und Gewalt alles verloren: sein Haus, sein Land, seine ganze Familie. Es war Anfang der 1990er Jahre, als sein Vater bei den gewaltsamen Ausschreitungen im Rakhing-Bundesstaat getötet wurde. Die Familie floh vor weiterer Gewalt – zwei Jahre später traute sie sich in die alte Heimat zurück. Doch als dann auch der Bruder von Alam bei ethnisch motivierten Unruhen ermordet wurde, beschloss die Mutter mit dem Rest, der von der Familie geblieben war, die Heimat endgültig zu verlassen. Es begann eine zwei Jahrzehnte lange Fluchtodyssee.

Alam, seine Mutter und die jüngere Schwester schafften es, sich nach Bangladesch durchzuschlagen. Sie lebten dort mehrere Jahre in den großen Flüchtlings-Camps Kutupalong und Nayapara im Südosten, die für schwierige Lebensbedingungen bekannt sind. Hunger und Dreck gehörten zum Alltag, beschreibt Alam. Slum-Hütten aussehen, bestimmten das Bild der bangladeschischen Flüchtlingslager.

Anfang 2014 hat die Regierung Bangladeschs zwar eine Strategie zum Umgang mit Flüchtlingen aus Myanmar erklärt und anerkannt, dass die Geflüchteten Schutz brauchen. Die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 hat das Land aber nie unterzeichnet. Das Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen, UNHCR, drängt weiter darauf, den Verfolgten Rohingya Selbstbestimmungsrechte zuzugestehen und sie unter internationalen Schutz zu stellen. Doch die Situation ist vertrackt: Myanmar erkennt die Rohingya nicht als Staatsbürger an – Bangladesch sieht die Menschen als Bürger des Nachbarlandes und sich selbst nicht in der Pflicht, sie als Staatsbürger anzuerkennen.

Neben den 30.000 Menschen in den Camps, schätzt die UN, dass etwa 200.000 Rohingya um die Lager herum in Dörfern leben, die sich nicht offiziell als Flüchtlinge registriert haben. Die meisten von ihnen in extremer Armut und ohne Rechte.

Auf den Weg, Bangladesch zu verlassen, haben sich im Gegensatz dazu ungefähr 40.000 von der UN registrierte Geflüchtete und Asylsuchende in der Mitte vergangenen Jahres gemacht. So wie Alam, der der aussichtslosen Situation in Bangladesch entkommen wollte und sich entschloss, ein wei-



Foto: RIB

Ein Programm für Flüchtlingskinder, das die bangladeschische Nichtregierungsorganisation Research Initiatives, Bangladesch in einem Flüchtlingscamp in Cox's Bazar veranstaltet.

teres Mal zu flüchten – diesmal nach Europa. Zurück nach Myanmar konnte er nicht, zu groß war die Angst vor den Mördern seiner Familienangehörigen. Die Situation war für ihn unerträglich: „Wir Rohingya sind Menschen zweiter Klasse und wurden in unserer Heimat Myanmar wie Dreck behandelt. Wir durften nicht heiraten, nicht zur Universität gehen, nicht beten, nicht den Arzt besuchen. Wir durften noch nicht einmal einen Pass haben. Es gab viele Verhaftungen. Das ist doch kein Leben“, erklärt der junge Mann.

Flucht nach Europa

Seine Familie machte sich 2009 schließlich erneut auf den Weg – diesmal zunächst von Bangladesch nach Thailand. Auf dem Weg über die Grenze versteckte sich Alam mit seiner Schwester und seiner Mutter in zwei Lastwagen. Sie wurden kurz hinter der Grenze aufgehalten. Als Polizisten verkleidete Kriminelle inszenierten eine Passkontrolle. Alams Mutter und Schwester wurden aus dem Transporter gezerrt, berichtet er. Seitdem ist der Kontakt abgebrochen. Alam glaubt, dass die beiden Frauen an Bordelle verkauft wurden und nun als Zwangsprostituierte in Südostasien arbeiten müssen.

Zwei Jahre später gelang es dem jungen Mann schließlich von Thailand aus zunächst mit dem Flugzeug, dann weiter mit einem Auto über Iran, die Türkei bis nach Frankreich zu fliehen. 2.000 US-Dollar, etwa 1.700 Euro, kostete ihn die Flucht – sein ganzes Erspartes. Schließlich landete er in Deutschland. Wie viele Menschen, die aus Süd- und Südostasien hierher geflohen sind, hat Alam einen Asylantrag gestellt – um Schutz und Sicherheit zu bekommen. Nach einem vorläufigen Kirchenasyl wurde sein Asylantrag nach langem Kampf, zähen Verhandlungen und dem Druck von zahlreichen Unterstützern und Aktivisten schließlich bewilligt.

Einmal aber will Sayed Alam noch nach Bangladesch zurückkehren. Wenn er erst einen Pass hat, möchte er dort seine kleine Schwester suchen.



Ulrike Märkel ist freie Journalistin und lebt in Dortmund. Sven Wagner ist Redaktionsleiter dieser Zeitschrift.

Flucht über den Golf von Bengalen

25.000 Menschen haben ihre Heimat zwischen Januar und März 2015 von Bangladeschs Küste aus per Seeweg über den Golf von Bengalen verlassen

300 Menschenleben hat die Flucht über den Seeweg im ersten Quartal 2015 gekostet – vor allem aufgrund von Hunger, Dehydrierung oder Gewalt durch Schleuser

Zwischen **80 und 330 Euro** kostet es pro Person, an Bord eines Schlepper-Bootes zu gelangen. Oftmals werden die Menschen nach der Ankunft in Thailand oder Malaysia gezwungen, bis zu

1.700 Euro zusätzlich für ihre Freiheit zu zahlen

Mehr als **5.400 Menschen** waren Anfang 2015 nach Flucht und Festnahme in südostasiatischen Lagern für Flüchtlinge interniert, dazu zählen 2.700 Menschen in Lagern in Australien und auf Nauru und Papua-Neuguinea

Bis zu **100 Prozent** betragen die Zinsen, die von Geldverleihern für die Finanzierung von Flucht berechnet werden und innerhalb von sechs Monaten nach Ankunft zurückgezahlt werden müssen

Zirka **8.000** und somit viermal höher als im Vorjahr war im ersten Quartal 2015 die Zahl der Menschen, die von der bangladesch-myanmarischen Grenzregion über den Seeweg geflohen sind

Quelle: UNHCR. Die Informationsgrundlagen sind unter anderem Angaben von Regierungen, Medienberichte und Interviews mit Betroffenen.

Gefährlicher Seeweg

Von Bangladesch nach Südostasien

Zusammengefasst und übersetzt von Lena Boeck und Elisabeth Olfermann

In Süd- und Südostasien ist den Vereinten Nationen zufolge die Bucht von Bengalen gegenwärtig das Areal, in dem die meisten „illegalen Migrationsbewegungen“ beobachtet werden – die Rede ist von Menschen auf der Flucht. Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen, UNHCR, berichtet in einer aktuellen Erhebung von Zehntausenden, die ihre Heimat verlassen und von der Südküste Bangladeschs den Weg über den Golf von Bengalen und Thailand nach Malaysia wählen. Es sind Bangladeschis und Angehörige der Rohingya-Volksgruppe aus Myanmar, die aufgrund von Verfolgung und Armut fliehen, in der Hoffnung auf ein besseres Leben in dem südostasiatischen Tiger-Staat. Nicht selten werden sie enttäuscht, verlieren durch die Flucht das wenige Angesparte oder im schlimmsten Fall sogar ihr Leben. Flucht über diese Route passiert das ganze Jahr über, insbesondere nach der Regenzeit im Oktober steigt die Zahl der Flüchtenden deutlich an. Die Erhebung des UNHCR stützt sich vor allem auf die Berichte von Augenzeugen, die zwischen Oktober 2014 und März 2015 nach ihrer Flucht befragt wurden.

Die Abreise

Zwischen 40 und 60 Prozent der Menschen, die die Bucht von Bengalen verließen, waren Rohingya aus Myanmar, die von bangladeschischem Gebiet aus die Flucht über das Meer antraten. Alle anderen Bootspassagiere waren Bangladeschis. Schätzungsweise ein Drittel der Befragten war unter 18 Jahre alt, jeder zehnte sogar jünger als 16. Inzwischen sind laut UNHCR mehr weibliche Mitfahrende zu beobachten als in Vorjahren. Von 10 Prozent 2014 ist der Anteil von Frauen auf den Flüchtlingsbooten auf gut 15 Prozent gestiegen. Die Netzwerke der Schlepper sind dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen zufolge bereits unglaublich groß und wachsen rasant weiter – es gebe inzwischen einen großen Konkurrenzkampf. Die Schlepper markierten ihre Passagiere mit farbigen Bändchen an den Handgelenken, um ihre Mandschaften zu überblicken. Beam-



Die Südküste von Bangladesch bei Cox's Bazar – von hier brechen Schlepperboote gen Südostasien auf.

te in der Region gehen davon aus, dass Schleuser nicht nur Frachter, sondern auch auf Schnellboote für die Überfahrten nutzen.

Die Überfahrt

Die Bedingungen auf der Route von der Bucht von Bengalen über die Andamanensee sind entsetzlich. 16 Prozent der Befragten berichten von mindestens einem Toten auf ihrem Boot während der Überfahrt, 13 Prozent sprechen sogar von mehr als zehn Menschen, die umgekommen seien. Mitfahrende Frauen berichten von Raub durch die Besatzungsmitglieder sowie von Vergewaltigungen. Männer, die gegen die Gewalt der Bootsbesatzung ein-

greifen wollten, seien geschlagen worden. Unter den Passagieren waren zum Teil alleinreisende Frauen mit vielen Kindern, die ihren Ehemännern nach Thailand oder Malaysia nachfolgen wollten. Sie konnten ihren Kindern während der Reise nicht genug Essen geben, es gab mitunter keine Toiletten. Überfahrten werden oft unterbrochen, weil Treibstoff nachgefüllt werden muss oder neue Passagiere dazusteigen. Oft wird die Weiterfahrt ganz ausgesetzt, wenn die Schleuser die Küstenwache in den Gewässern vermuten. Einige Schlepper haben mit der Praxis begonnen, die Flüchtenden auf See gefangen zu halten, bis sie von deren Verwandten erfolgreich Lösegeldzahlungen erpresst haben.



Ankunft in Thailand

Die meisten Flüchtenden landen nach der Bootsüberfahrt zunächst an der thailändischen Küste bei Ranong und werden in tagelangen Fahrten über Land gen Süden in Schleuser-Lager in den Wäldern nahe der thailändisch-malaysischen Grenze gebracht. Über die Hälfte der Befragten berichtete von anderen Flüchtlingen, die in jenen Lagern durch Krankheit und Schläge von Schleusern ums Leben kamen oder bei dem Versuch, zu fliehen, erschossen wurden. Thailändische Behörden haben Massengräber im Umfeld dieser Lager ausgehoben, in denen Dutzende Leichen gefunden wurden – mutmaßlich von Bangladeschis und Rohingyas. Malaysische Behörden griffen im Frühjahr 2015 insgesamt 137 Flüchtlinge nach deren Ankunft

im Zielland auf, die während der Reise an den Beinen zusammengekettet waren oder mit heißem Wasser gequält wurden. Mehrere Frauen berichteten, dass sie nach Ankunft in Malaysia nur von Bord der Schleuserboote gelassen wurden, wenn sie bereit waren, einen fremden Mann dort zu heiraten – der den Schleppern dafür eine Provision zahlen würde.

Malaysia – Ende der Reise

Eine Betroffene aus Maungdaw, Myanmar, gab an, dass der Mann, den sie heiraten sollte, nach ihrer Zwischenankunft in Thailand nicht erreichbar war und sie deshalb zwei Monate lang in einem dortigen Lager verbringen musste, in dem sie von Schleppern missbraucht wurde. Die Frau wurde schließlich mit der Hilfe von Verwandten befreit.

Einige der Geflüchteten berichteten allerdings auch, dass sie nach Ankunft in Malaysia freigelassen wurden, obwohl sie oder ihre Verwandten den Betrag von 1.700 Euro für die Flucht nicht ganz aufbringen konnten. Einige der Befragten, darunter Kinder, wurden durch Rohingya-Gemeinden in Malaysia unterstützt, die von deren misslicher Lage gehört und Geld gesammelt hatten. Andere konnten sich von den Schmugglern nur mit monatelanger Zwangsarbeit freikaufen. Ebenso gibt es Berichte über die Rückkehrer: Rohingyas, die in Myanmar keine Bürgerrechte haben, ließen sich bis nach Malaysia schleusen, kauften sich dort für etwa 650 Euro einen bangladeschischen Pass und kehrten aus Malaysia nach Bangladesch zurück, um dort zu bleiben.

Geflüchtete im eigenen Land

Wie Grenztruppen indigene Minderheiten vertreiben

Bericht: Dighinala Landschutzkomitee



Foto: Samari Chakma

Schon einmal mussten die Bewohner zweier kleiner Dörfer in Dighinala, einer Region, die zu den Chittagong Hill Tracts im Südosten Bangladeschs gehört, ihre Heimat verlassen. Als Jumma – Indigene der Chittagong Hill Tracts (siehe Infokasten) – waren sie durch das brutale Vorgehen der Armee im Kampf gegen aufständische indigene Gruppen in den 1980er Jahren gezwungen, vorübergehend ins benachbarte Indien zu fliehen.

Nun, einige Jahrzehnte nach ihrer Rückkehr, müssen sie erneut befürchten, ihrer Heimat und Lebensgrundlage beraubt zu werden – durch Brigaden der bangladeschischen Grenzschutz, der Border Guard Bangladesh

(BGB). BGB ist eine para-militärische Einheit, die dem bangladeschischen Innenministerium untersteht, mit der Aufgabe, die Außengrenzen Bangladeschs zu schützen. In Friedenszeiten obliegt ihnen außerdem die Eindämmung des Grenzschmuggels. Auch ist es ihre Aufgabe, die staatliche Autorität in abgelegenen, grenznahen Gebieten Bangladeschs zu repräsentieren.

Im Jahr 2005 erfuhren die Bewohner der beiden Dörfer in Dighinala zum ersten Mal vom Plan der staatlichen Grenztruppen, dort ein neues Quartier zu errichten – auf ihrem Land. Elf Personen erhielten damals einen Räumungsbescheid, ausgestellt von Vertretern lokaler Behörden und –

Nachdem die Brigaden des Border Guard Bangladesh kamen: die vertriebenen Jumma aus Dighinala.

wie sich später herausstellte – mit Zustimmung des Innenministeriums. Die Anwohner sollten weichen, ihre Häuser und Felder zurücklassen und Platz machen für den Bau des neuen Hauptquartiers.

Nach Erhalt der Räumungsbescheide leiteten die betroffenen Anwohner rechtliche Schritte ein. Sie wandten sich an ein Zivilgericht, das eine einstweilige Aussetzung der geplanten Landnahme anordnete, bis geklärt sei, ob diese mit geltenden Gesetzen vereinbar ist. Bis heute wurde die Untersuchung nicht abgeschlos-



Foto: Samari Chakma

Mit diesem Schild macht Border Guard Bangladesh den Anspruch auf das zu Unrecht besetzte Land deutlich. Es wirkt, als wolle man der Besetzung einen Anstrich der Rechtmäßigkeit geben.

sen. Nichtsdestotrotz erließ die Lokalverwaltung 2014 weitere Räumungsanordnungen, woraufhin Teile des Dorfes durch Einheiten des BGB gewaltsam besetzt und mit Stacheldraht umzäunt wurden. Bereits am Tag nach der Aktion übertrug ein Vertreter der Distriktverwaltung die offiziellen Landrechte an die BGB.

Gewaltsam zur Aufgabe ihres Besitzes gezwungen, flohen 21 Familien aus ihren Dörfern. Unterschlupf fanden sie vorerst in einer nahegelegenen Schule. Das in ihrem Dorf besetzte Gebiet umfasst nicht nur Felder, Häuser und Privateigentum, sondern auch Gemeingut: eine Grundschule, Teile einer buddhistischen Tempelanlage sowie einen gemeinschaftlich genutzten Teich.

Erneut wandten sich die ihrer Existenz beraubten Dorfbewohner an politische Entscheidungsträger und Gerichte. Petitionen an verschiedene Regierungsglieder blieben jedoch erfolglos und das erneute Urteil des Zivil-

gerichts die Besetzung so lange auszusetzen, bis die Rechtslage geklärt sei, wurde durch ein Urteil des Obersten Gerichtshofes, welchen der BGB daraufhin angerufen hatte, aufgehoben. Die Klage der Geschädigten gegen dieses Urteil endete in einem weiteren Prozess am Zivilgerichtshof, dessen Urteil jedoch bis heute aussteht.

Eskalation nach Krisentreffen

Die Betroffenen sowie Landenschutz-Aktivisten bewerten die Landnahme durch die BGB in zweierlei Hinsicht als illegal. Zum einen verstoße die Besetzung gegen das Urteil des Zivilgerichts sowie gegen ein Gesetz, welches vorschreibt, bei Fragen zu Landbesitz und -vergabe zuerst die Distriktverwaltung zu befragen – ein Schritt, der vom BGB und vom Innenministerium übergangen wurde. Des Weiteren

wurde weit mehr Landfläche als ursprünglich in den Räumungsbescheiden angekündigt, besetzt. Neben den eingeleiteten rechtlichen Schritten blieb auch ein Versuch der Geschädigten, den Konflikt auf außergerichtliche Art beizulegen, erfolglos.

Dorfälteste hatten sich bei einem Krisentreffen mit Kommandanten des BGB darauf geeinigt, den Konflikt friedlich zu lösen. Noch am selben Tag kam es jedoch zu einem Zusammenstoß zwischen Mitgliedern der Grenzschrützer und den vertriebenen Dorfbewohnern. BGB-Mitglieder hatten gewaltsam eingegriffen, als einige Frauen versuchten, auf ihrem ursprünglichen Land Setzlinge zu pflanzen. Als sich die Frauen davon aber nicht abhalten lassen wollten, setzte des BGB Tränengas, Gummigeschosse und Stöcke ein, unterstützt von bengalischen Arbeitern.

18 Dorfbewohner, vor allem Frauen, wurden durch dieses brutale Vorgehen der Sicherheitskräf-

te zum Teil schwer verletzt. Eine polizeiliche Untersuchung zu diesem Fall wurde jedoch nicht eingeleitet, da sich die örtliche Polizei weigerte, die Anklage der Verletzten aufzunehmen. Stattdessen erstattete der BGB Anzeige gegen 150 Dorfbewohner, woraufhin zehn von ihnen verhaftet wurden. Unter ihnen befanden sich einige der schwer verletzten Frauen, die in Folge der Verhaftung ihre Behandlung im Krankenhaus abbrechen mussten. Laut Angaben der BGB hätten die Dorfbewohner sie angegriffen. Auffällig ist, dass sich auf der Liste der angeklagten Personen auch Verstorbene befanden.

Ein ähnliches Muster zeigte sich einige Monate später, als BGB-Mitglieder einen friedlichen Protestmarsch der Dorfbewohner attackierten. Wieder gab es zahlreiche Verletzte und Verhaftun-

gen. Zusätzlich führten Mitglieder der BGB sowie des Rapid Action Bataillons (RAB), einer paramilitärischen Spezialeinheit, in den Folgetagen Durchsuchungen im Dorf durch und gaben nachts wiederholt Warnschüsse ab. Viele Dorfbewohner flohen daraufhin aus Angst vor den Sicherheitskräften aus ihren Häusern.

Zahlreiche weitere Repressalien erschweren seitdem das Leben der Menschen. An Straßen, die zu dem Dorf führen, wurden Wachtposten aufgestellt, die zu einer Störung des alltäglichen Verkehrs führen. Nachts ist die Nutzung der Straßen komplett untersagt. Anhaltende Patrouillen und Durchsuchungen verbreiten eine Atmosphäre der Angst im Dorf, Eltern trauen sich nicht mehr, ihre Kinder zu Hause zu lassen, wenn sie tagsüber zur Arbeit ge-

hen. Die Frauen im Dorf fühlen sich durch die Anwesenheit der fremden Männer belästigt.

Durch die Besetzung der Tempelanlage werden die buddhistischen Dorfbewohner darüber hinaus davon abgehalten, ihre Religion auszuüben. Die vorübergehende Besetzung der Schule unterbrach die Ausbildung der Kinder und auch nach Wiedereröffnung fand der Unterricht nicht ungestört statt.

Keine Entschädigung

Die Vorfälle in Dighinala offenbaren ein Muster, das schon öfter beobachtet werden konnte: Durch die Anwesenheit von BGB-Brigaden nehmen die alltäglichen Repressionen für die angrenzenden Dörfer zu, viele Menschen werden zur Flucht innerhalb des

Indigene Gruppen

Die im Südosten Bangladeschs gelegene Region Chittagong Hill Tracts (CHT) ist Heimat zahlreicher indigener Bevölkerungsgruppen, die unter dem selbstgewählten Namen Jumma zusammengefasst werden. Sie unterscheiden sich von den Bengalen unter anderem in Sprache, Kultur und Religion.

Bereits vor der Unabhängigkeit Bangladeschs 1971 kam es unter der damaligen pakistanischen Regierung zu Repressalien gegen und Vertreibungen von Indigenen. Gezielt wurden damals in den CHT Bengalen angesiedelt. Doch auch die neue Verfassung des unabhängigen Bangladeschs erkannte Kultur und Rechte der nicht-bengalischen, nicht-muslimischen Bevölkerung nicht an. In der Folge kam es in den 1970er und -80er Jahren zu Aufständen militanter indigener Gruppen gegen die Unterdrückung durch den bangladeschischen Staat.

Bis in die 1990er Jahre dauerte der blutige Konflikt an. Historiker bezeichnen das Vorgehen der bangladeschischen Armee als Genozid, es kam zu Massen-

vergewaltigungen an Jumma-Frauen, tausende flohen ins benachbarte Indien. Auch viele bengalische Siedler waren an den Kriegsverbrechen gegen die Jumma beteiligt.

Erst 1997 kam es zu einem Friedensvertrag, der neben der Anerkennung der Rechte der indigenen Bevölkerung auch die Rückführung der nach Indien Geflüchteten vorsah. Den Zurückgekehrten wurden unter anderem die Rückgabe ihres Landes sowie staatliche Unterstützung zugesagt. Vielerorts wurden diese Versprechen ebenso wie zahlreiche weitere Punkte des Friedensvertrags bis heute nicht umgesetzt. Noch immer sind indigene Gruppen in Bangladesch nicht verfassungsrechtlich anerkannt. Staatliche Repressionen, Menschenrechtsverletzungen und Vertreibungen sind allgegenwärtig, es besteht eine immense Militärpräsenz in den CHT und es ziehen weiterhin bengalische Siedler in die Region, so dass die Jumma in ihrer Heimat immer mehr zu einer Minderheit werden.

eigenen Landes gezwungen. Erschwerend kommt hinzu, dass sich im Distrikt Khagrachhari, in dem die beiden Dörfer liegen, bereits zahlreiche Armee-Stützpunkte befinden. Gleiches gilt für die beiden benachbarten Distrikte Rangamati und Bandarban. Insgesamt befinden sich in den drei Distrikten der Chittagong Hill Tracts 15 Hauptquartiere der BGB sowie unzählige weitere militärische und para-militärische Einrichtungen. Die Dringlichkeit eines weiteren Stützpunkts erscheint daher fraglich. In allen anderen Grenzdistrikten Bangladeschs befinden sich weit we-

Inzwischen leben die Vertriebenen in einem provisorischen Lager und sind weiterhin zahlreichen Repressalien ausgesetzt.

niger Stützpunkte des BGB, obwohl dort der Grenzschmuggel floriert. Erschwerend kommt hinzu, dass die vom BGB geräumten Dörfer 50 Kilometer von der indischen Grenze entfernt liegen, was die offizielle Begründung, das Hauptquartier müsse dort zur besseren Sicherung der Grenze errichtet werden, in einem fragwürdigen Licht erscheinen lässt. Es ist zu vermuten, dass die Errichtung dieses Stützpunktes im Lichte der anhaltenden militärischen Präsenz in der Region gesehen werden muss und vielmehr auf innenpolitische Überlegungen, als auf das Ziel Sicherung der Außengrenzen zurückzuführen ist.

Die betroffenen Familien, insgesamt 86 Menschen, sind mittlerweile in ein verlassenes Bürogebäude umgezogen. Einige von

ihnen mussten untertauchen, um einer Verhaftung zu entgehen. Ihrer Existenzgrundlage beraubt, leben die Menschen nur von Spenden und Unterstützung der Nachbarn. Nicht einmal ein paar Habseligkeiten konnten sie bei der Räumung ihrer Häuser mitnehmen. Eine Entschädigung vonseiten der Regierung hat keiner von ihnen erhalten. Sie harren aus als Geflüchtete im eigenen Land.

Der Bau des BGB-Hauptquartiers hat inzwischen begonnen und die Familien müssen befürchten, ihr Landrecht unumkehrbar zu verlieren. Auch wenn sie ihren Widerstand nicht aufgeben und weiter für ihre Rechte kämpfen wollen.

Übersetzung: Jana Schubert



Zwei Länder – ein Zaun

Die Grenze zwischen Indien und Bangladesch

Von: Felicitas Qualmann, Nicola Reitz, Lukas Heger

Eine grüne Landschaft, durchschnitten von einem doppelten Metallzaun, der mit Stacheldraht bekrönt ist. Soldaten patrouillieren, die Gewehre im Anschlag. Hier an der Grenze schottet sich Indien über 4.236 Kilometer mit einem Grenzzaun von Bangladesch ab und zäunt das Nachbarland, das fast gänzlich vom Nordosten Indiens umschlossen wird, beinahe völlig ein. Der damit bis dato längste Grenzzaun der Welt – ein „sicherheitspolitisches Projekt“ der Indischen Union – zementiert die Begrenzungen der Nationalstaaten und macht sie für viele Menschen zur alltäglich erfahrbaren Realität.

Dabei ist die Grenze vergleichsweise jung. Sie entstand 1947 mit der Teilung des indischen Subkontinents in ein muslimisches Pakistan und ein hinduistisches Indien. Diese koloniale Grenzziehung ließ historisch gewachsene kulturelle Verbindungen und religiöse wie indigene Gruppen in den Grenzregionen fast gänzlich unberücksichtigt. Durch das Grenzzaunprojekt soll die damals gezogene Linie jetzt zur physisch unüberwindbaren Barriere werden.

Doch gibt es in Südasien keine starke öffentliche Opposition, die die Existenz des Zauns infrage stellt. Hört man sich in der politischen Arena Neu-Delhis um, wird stattdessen sofort die Angst vor Überfremdung durch Massenmigration aus Bangladesch als Rechtfertigung genannt. Lohndruck, die



Foto: Privat

Hochgesichert: der Grenzzaun auf indischer Seite an der indisch-bangladeschischen Grenze. Über 4.000 Kilometer davon trennen die Nachbarländer.

Wegnahme von Arbeitsplätzen und Kriminalität sind wichtige Stichwörter, die in diesem Kontext immer wieder fallen. Auch der Kampf gegen Schmuggel, der durch die Einschränkung von Handels- und Menschenströmen auf überwachte Korridore kontrolliert werden soll, spielt eine wichtige Rolle in der Debatte. Und schließlich die nationale Sicherheit: Menschen-, Waffen- und Drogenhandel sollen unterbunden werden.

Vor allem mit Aufkommen des internationalen sogenannten „Krieges gegen den Terror“ ab 2001, bei dem Indien ein wichtiger Partner der USA ist, hat sich die Angst vor

„islamistischem Terrorismus“ aus Bangladesch in die politische Debatte eingeschlichen. Damit folgt Indien einer Sicht, bei der von einer Trennung zwischen Gut und Böse ausgegangen wird: einer liberalen, demokratischen Moderne und diese Moderne bedrohende „unterentwickelten“ Gesellschaften. Im Zuge dessen werden das vorwiegend muslimische Bangladesch und bangladeschische Migranten zu einem irrationalen Feindbild. Letztlich schafft dieser Diskurs eine Abgrenzung des hinduistischen Indiens vom überwiegend muslimischen Bangladesch, das dadurch zu einem prämodernen, mit is-



Foto: Lisa Simonis

Illegaler Handel: Der Grenzzaun zwischen Indien und Bangladesch soll den Viehhandel und Schwarzmärkte verhindern, zugleich trennt er aber historisch gewachsene Handelsbeziehungen der Lokalbevölkerung. Grenzanwohner Indiens können nicht einfach von Bangladesch auf der anderen Seite der Grenze kaufen sondern müssen Produkte wie Fisch aus anderen, weit entfernten Teilen Indiens anliefern lassen.

lamistischem Terrorismus verbundenen Staat degradiert wird. Bangladeschis werden unter Generalverdacht gestellt. Diese Abgrenzung verstärkt wiederum die Legitimation des Grenzzauns und hilft der indischen Regierung gleichzeitig die heterogene indische Bevölkerung durch ein klares gemeinsames Feindbild zu einen.

Furcht vor Überfremdung

In Nordostindien leben verschiedene indigene Völker, die nur durch einen schmalen Korridor mit dem restlichen Teil des Landes verbunden sind, aber eine lange Grenze mit Bangladesch teilen. Die dortige politische Landschaft ist seit Jahrzehnten von Sezessionsbewegungen geprägt. Diesen Bewegungen sollen durch den Zaun die Rückzugs- und Versorgungsmöglichkeiten in Bangladesch genommen werden. Obwohl dies eine kritische Perspektive der Menschen dort auf den Zaunbau erwarten lässt, spielen in Nordostindien die Angst vor Überfremdung und dem Verlust von Arbeitsplät-

zen eine wichtigere Rolle. Das führt dazu, dass sich das Interesse jener Bevölkerungsteile am Grenzzaun mit dem Neu-Delhi deckt. Allerdings bezieht sich die Furcht vor Überfremdung nicht nur auf Migranten aus Bangladesch, sondern auch auf die indische Binnenmigration. Die Ansiedlung Nicht-Indigener in der Region kann dazu führen, dass indigene Bevölkerungsgruppen bei Wahlergebnissen nicht ausreichend repräsentiert sind. Wie in den Bundesstaaten Assam und Tripura bereits geschehen, wurden durch den Zuzug nicht-indigener Bevölkerung, die gesetzlich festgeschriebenen Selbstbestim-

mungsrechte der Indigenen unterlaufen. Dies ist gerade in Bezug auf das staatlich zugesicherte Land dieser Gruppen relevant. Einerseits ist dieses von Landraub bedroht, andererseits durchschneidet die aus Grenzzaun und dazugehöriger Infrastruktur bestehende Grenzanlage eben dieses Land.

Der Konflikt um jenes Land mobilisierte einst Widerstand auf der indischen Seite des Grenzzauns. Allerdings konnte dieser durch die Verlegung des Zauns um etwa 140 Meter an die sogenannte Nulllinie der Grenze weitestgehend entschärft werden. Die hier lebenden Menschen sind jedoch

Historischer Kontext

1947: Ende der britischen Kolonialzeit in Südasien; Teilung in das mehrheitlich hinduistische Indien und das islamisch geprägte Pakistan mit zwei räumlich voneinander getrennten Landesteilen West und Ost

1971: Blutiger Unabhängigkeitskrieg; Ostpakistan wird zum souveränen Staat Bangladesch

1980er Jahre: Indien beginnt die Grenze zu Bangladesch mit einem Zaun zu sichern

Nordostindien

Nordostindien ist eine vom restlichen Land relativ isolierte Region, in der südost-, süd- und zentralasiatische Einflüsse aufeinandertreffen. Bis in die Kolonialzeit hinein weitgehend unberührt von politischen Prozessen auf dem Subkontinent, gerieten die dortigen Bevölkerungsgruppen schnell in Konflikt mit den Machtansprüchen der indischen und pakistanischen/bangladeschischen Zentralregierungen nach der Unabhängigkeit 1947.

durch die Grenzanlagen und die Furcht vor Militär und Polizei von Ressourcen, Wasser, Wäldern und Märkten abgeschnitten. Sie sehen sich durch das vermehrte Aufkommen von außergerichtlichen Hinrichtungen und weiteren Menschenrechtsverletzungen durch die Sicherheitskräfte bedroht. Laut Human Rights Watch wurden zwischen 2000 und 2010 über 1.000 Menschen von indischen Sicherheitskräften getötet. Die Grenzanlage durchschneidet zudem lange bestehende grenzübergreifende Netzwerke: Die Regulierung und Kanalisierung von Grenzüberschreitungen und das Erheben von Zöllen erschweren den Kleinhandel deutlich. Während sich die Grenzbewohner in Indien früher auf der anderen Seite der Grenze mit frischem Fisch eindecken konnten, stammt der Fisch, den die Menschen heute

auf ihren Tellern haben, aus Südindien. Die geografische Beschaffenheit der Gegend zwingt die im flachen Grenzgebiet wohnenden Menschen dazu, weite Wege in die Bergregionen auf sich zu nehmen, um die indischen Märkte zu erreichen. Dies schmälert in einer ohnehin schon wirtschaftlich marginalisierten und armen Region das Angebot von Einkommens- und Konsummöglichkeiten, was die Armut zusätzlich verschärfen kann.

Plötzlich getrennt

Wie steht es um ethnische Gemeinschaften, die durch den Zaun entzweigerissen werden? Die Perspektivensuche führte zu den Garo, einer indigenen Gruppe, die zu einem Teil im indischen Bundesstaat Meghala-

ya lebt und auch in Bangladesch angesiedelt ist. In der Kolonialzeit kristallisierte sich aus vielen Untergruppen eine Trennung in Hochland- und Flachland-Garo heraus, wobei Garo eine koloniale Benennung war, die auf beiden Seiten der Grenze als Selbstbezeichnung übernommen wurde. Die Teilung in Flachland- und Hochlandbewohner zementierte sich einmal mehr nach der Teilung Indiens, wodurch sich die Hochland-Garo schließlich im Staate Indien wiederfanden, während die Flachlandbewohner zu einer indigenen Minderheit im islamisch geprägten Ostpakistan, dem heutigen Bangladesch, wurden. Während die Flachlandbewohner in Bangladesch bis heute um Anerkennung als indigene Gruppe kämpfen, genießen die Hochlandbewohner in Indien gesetzlich festgeschriebene Sonderrechte, die ihnen ökonomische und administrative Selbstverwaltung in ihren eigenen Gebieten zusprechen. Dass durch die Trennung der Nationalstaaten auch die Trennung unter den Garo verstärkt wurde, wird daran deutlich, dass die Hochlandbewohner von Flachlandbewohnern als „primitiv“ und „unterentwickelt“ sprechen.

Ein wichtiges Moment in der

Jungen auf einem Aussichtsturm in Roumari im Norden Bangladeschs, ein direkt an Indien grenzendes Gebiet. Unmittelbar im Hintergrund sind die Wälder des indischen Bundesstaates Meghalay zu sehen.



Identitätsentwicklung der Hochland- und Flachland-Garo war der „Garo-Exodus“ in den 1960er Jahren. 1964 gab es eine Fluchtwelle von Garo aus Ostpakistan nach Nordostindien, da auf Initiative der ostpakistanischen Regierung bengalische Siedler in den Garo-Gemeinden angesiedelt wurden. Es kam vermehrt zu Gewaltausbrüchen, bis die Situation für die Garo nicht länger tragbar war und sie ins Nachbarland auswanderten. Doch auch in Indien verbesserten sich die Lebensumstände der Geflüchteten kaum: Zum einen herrschten in den Flüchtlingscamps menschenunwürdige Zustände, zum anderen waren nicht alle indischen Garo gleichermaßen gewillt, sie in ihren Gebieten aufzunehmen. Trotz Bestrebungen der indischen Regierung, sie in die dortige Gesellschaft zu integrieren, entschieden sich die Garo, in ihre Heimat zurückzukehren. Durch diese einschneidende Erfahrung festigte sich ein starkes Gemeinschaftsgefühl unter den Garo in Ostpakistan, das sie von nun an von anderen Gruppen unterscheidet. Erst in den 1990er Jahren setzte in Bangladesch ein Prozess ein, der angelehnt an internationale Konventionen, die

verschiedenen indigenen Völker zusammenbrachte, um gemeinsam für staatliche Anerkennung zu kämpfen. Dies führte schließlich dazu, dass sich eine weitere, die Ethnizität übergreifende Identität unter den gesamten Indigenen entwickelte. In Indien stellte die Garo-Gemeinschaft hingegen sogar Forderungen nach einem unabhängigen Garo-Staat auf.

Dass keine starke Kritik an der späteren Existenz eines Grenzzauns aufkommt, bedeutet jedoch nicht, dass die Menschen nicht den Kontakt zu jenen auf der anderen Seite des Zauns suchen. So feiern die bangladeschischen Garo jedes Jahr ein großes Erntedankfest, das auch von indischen Garo besucht wird. Die neuen digitalen Möglichkeiten schaffen Raum für eine grenzüberschreitende Kommunikation. Ebenso falsch wäre es, wegen des fehlenden Widerstands gegen den Zaunbau zu schließen, Menschenrechtsverletzungen und außergerichtliche Hinrichtungen würden einfach so hingenommen. Gerade in den Grenzregionen wird die von Sicherheitskräften ausgeübte Gewalt gegen die Zivilbevölkerung deutlich verurteilt.



Felicitas Qualmann, Nicola Reitz und Lukas Heger studierten gemeinsam Regionalstudien Asien/Afrika an der Humboldt Universität zu Berlin und sind jetzt in Masterprogrammen in Berlin, Frankfurt/Oder und Bayreuth.

Partnerschaft Entwicklung Gerechtigkeit
NETZ
 বাংলাদেশ



Die Bangladesch-Zeitschrift NETZ ist eine wichtige Informationsquelle zu Bangladesch in deutscher Sprache.

Jede Ausgabe widmet sich einem Schwerpunktthema. Fundiert und engagiert kommen Expertinnen, Experten und Betroffene zu Wort: zu Themen der Entwicklungsarbeit, der Menschenrechte und der Gesellschaft. Zudem berichtet die Zeitschrift über aktuelle politische Ereignisse in Bangladesch und informiert über die Kunst des südasiatischen Landes.

Die Bangladesch-Zeitschrift NETZ erscheint vierteljährlich und kostet 20 € im Jahr. Für mehr Informationen oder zum Abonnieren der Zeitschrift kontaktieren Sie bitte:

NETZ Bangladesch-Zeitschrift

Moritz-Hensoldt-Str. 20

35576 Wetzlar

Tel.: 06441 - 974 6320

Fax: 06441 - 974 6329

E-Mail: zeitschrift@bangladesch.org

Sie können die Zeitschrift auch unter www.bangladesch.org abonnieren, einzelne Ausgaben bestellen und Artikel zu Schwerpunktthemen herunterladen.

Meldungen aus Bangladesch

Zeitungsverleger unter Druck

Mahfuz Anam, Chefherausgeber der größten englischsprachigen Tageszeitung in Bangladesch „The Daily Star“, steht unter massivem Druck. In insgesamt 83 Fällen wurde Anklage wegen Aufruhr und Aufwiegelung sowie wegen Verleumdung eingereicht.

Der Herausgeber hatte am 3. Februar 2016 in einem Fernsehinterview kundgetan, seiner journalistischen Sorgfaltspflicht nicht angemessen nachgekommen zu sein, als er im Jahr 2007 Artikel veröffentlichte, ohne die Authentizität der Quellen zu verifizieren.

Der Daily Star – wie auch viele anderen Medien – hatten damals Artikel veröffentlicht, die die heutige Premierministerin Sheikh Hasina und die Führerin der Bangladesh Nationalist Party (BNP), Khaleda Zia, mit Korruptionsfällen in Verbindung brachten. Als Quelle dien-



te der Militäргеheimdienst. Der Wahrheitsgehalt dieser Beschuldigungen konnte nicht verifiziert werden. Anam bezeichnete im Rahmen des Fernsehinterviews sein Vorgehen 2007 als größten Fehler seiner journalistischen Laufbahn. Die Veröffentlichungen fielen in eine Zeit, in der eine mili-

tärgestützte Interimsregierung unter einer Notstandsgesetzgebung die Amtsgeschäfte in Bangladesch führte und im Rahmen einer Anti-Korruptionskampagne gegen führende Politiker und Wirtschaftsvertreter vorgeht.

Mahfuz Anam wird nun vorgeworfen, mit seinen damaligen Veröffentlichungen zur Verhaftung von Sheikh Hasina beigetragen und so die Politik der Interimsregierung unterstützt zu haben, die vorsah Sheikh Hasina und Khaleda Zia von politischen Aktivitäten in Bangladesch auszuschließen.

Infolge der Anschuldigungen gegenüber Anam verweisen politische Beobachter und Menschenrechtsverteidiger darauf, dass das Vorgehen gegen ihn völlig unverhältnismäßig sei und das Eingeständnis Anams für politische Zwecke ausgeschlachtet werde. Die beiden Zeitungen des Herausgebers – dazu zählt auch die große bengalischsprachige Tageszeitung „Prothom Alo“ – waren bereits in den vergangenen Jahren nach Veröffentlichungen, die der Regierung nicht genehm waren, wiederholt öffentlichen Diskreditierungs- und Boykottkampagnen durch führende Politiker ausgesetzt.

Nationale und internationale Menschenrechtsorganisationen sowie Journalistenverbände im In- und Ausland interpretieren das Vorgehen gegen Anam als einen weiteren Schritt, die Pressefreiheit in Bangladesch einzuschränken und fordern die sofortige Aufhebung aller Klagen.

Viele Verkehrstote

Im Jahr 2015 sind in Bangladesch mindestens 8.642 Menschen bei Verkehrsunfällen gestorben, knapp 22.000 wurden verletzt. Das gab die Bangladesh Passengers Welfare Association am 10. Januar 2016 bekannt. Dem Bericht der Organisation zufolge sind auf Bangladeschs Straßen mindestens 300.000 Fahrzeuge unterwegs, die nicht verkehrssicher sind und weitere eine Million nicht zugelassene, selbstgebaute dreirädrige Vehikel. Diese unsicheren Fahrzeuge gelten laut dem Bericht als einer der Hauptgründe für die im Vergleich zum geringen Verkehrsaufkommen extrem hohe Zahl an Verkehrsunfällen. Weitere Gründe sind riskante Überholmanöver, Fahren mit überhöhter Geschwindigkeit, Mängel beim Straßenbau, Fahren mit Kopfhörern und Fahren unter Drogeneinfluss.

Cyber-Bankraub

Kriminelle Hacker haben am 4. Februar 2016 laut übereinstimmenden Medienberichten aus Bangladesch 81 Millionen US-Dollar von einem Konto der Zentralbank des Landes, der Bangladesh Bank, bei der US-Notenbank gestohlen. Das Geld wurde mit gefälschten Zahlungsanweisungen auf mehrere Konten bei der philippinischen Rizal Commercial Banking Corporation (RCBC) überwiesen. Die Bangladesh Bank unterhält

das Konto bei der US-Notenbank, um Kredite für Entwicklungsprojekte zurückzuzahlen. Die Täter hatten laut Medienberichten eine Schadsoftware auf Computern der Bangladesh Bank installiert und damit sensible Daten und Informationen über die Vorgehensweise der Bank bei internationalen Transaktionen ausgespäht. Das ermöglichte es ihnen, die Überweisungen zu fälschen. Die Bangladesh Bank verdächtigt chinesische Hacker, für die Tat verantwortlich zu sein. Die Ermittlungen dauern derzeit noch an. Der Direktor der Bangladesh Bank, Atiur Rahman, ist nach starker Kritik über die Aufarbeitung des Zwischenfalls Mitte März zurückgetreten. Sein Nachfolger Fazle Kabir trat sein neues Amt am 20. März an.

Frachter havariert

Nach der Havarie eines Kohlefrachters in der Sundarbans-Region vor der Südküste Bangladeschs, befürchten Umweltschützer eine massive Umweltverschmutzung. Nach Medieninformationen ist der Frachter „Sea Horse“ am 19. März 2016 auf dem Shela-Fluss gesunken. Der leitende Forstschutzbeamte der Region, Saidul Islam, gab Medienberichten zufolge an, dass die Ursache eine Kollision mit nicht geborgenen Überresten eines zuvor gesunkenen Frachters in dem Fluss gewesen sei.

Meldungen zusammengestellt von Benjamin Kühne

NETZ aktiv in Bangladesch

Text: Peter Dietzel

Botschafter unterwegs



Der deutsche Botschafter in Bangladesch, Dr. Thomas Prinz, verschaffte sich vier Tage lang einen Einblick in die Entwicklungsarbeit von NETZ, die vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gefördert wird. Prinz besuchte Schulen und Frauengruppen in Dörfern der nördlichen Distrikte Nilphamari, Rangpur und Kurigram. Dort sprach er mit Projektteilnehmerinnen und Schülern. „Es ist sehr beeindruckend, welchen Status die Frauen erreicht haben, wie sie ihre Landwirtschaft führen und ihre Interessen nun selbst wahrnehmen“, so das Resümee des Botschafters zum Existenz Gründungsprojekt von NETZ. Zur Bildungssituation erklärte Prinz: „In entlegenen Regionen ist der Staat nicht ausreichend präsent. Hier sind Schulen von Organisationen wie NETZ enorm wichtig.“ Und er ergänzte: „Die hohe Qualität, auf die NETZ etwa in der Lehrerbildung setzt, sollte langfristig fortgeführt und als Vorbild gesehen werden.“ Letztendlich müsse aber der Staat in die Pflicht genommen werden, der Erfüllung des Bildungsauftrags nachzukommen, so der Botschafter weiter.

Erste eigene Organisation

Die „Aamra Joie Society“ ist als erste eigenständige Organisation aus Dorfgruppen des NETZ-Grundsicherungsprojekts hervorgegangen. Zur Feier der offiziellen Übergabe der Verantwortung an die „Aamra Joie Society“ kamen 250 Frauen in das Gemeinschaftshaus der Organisation in Darshana im Südwesten Bangladeschs. NETZ und die Partneror-



ganisation Jagorani Chakra Foundation haben die Frauen seit 2002 mit einem Existenzgründungsprogramm zur Überwindung des Hungers sowie mit Menschenrechtsschulungen und dem Aufbau ihrer Selbsthilfe-Institution unterstützt.

In der „Aamra Joie Society“ sind 6.700 Frauen organisiert, die einst in extremer Armut mit weniger als 0,20 Euro am Tag leben mussten. Inzwischen haben die Frauen mit ihrer Organisation eine Erfolgsgeschichte geschrieben: Sie setzen heute die Rechte der Ärmsten in den Dörfern durch, vergeben Kleinkredite an die Mitglieder und unterhalten eigene Vorschulen für die Kinder in den Dörfern.

Buchrezension

Drahtseilakt – Erzählungen aus Bangladesch

Von Maike Lüssenhop

Der Kurzgeschichtenband „Drahtseilakt – Erzählungen aus Bangladesch“ beinhaltet fünf Erzählungen bangladeschischer Autorinnen, die einen interessanten Einblick in die Lebenswirklichkeit des heutigen Bangladeschs bieten. Dabei stehen Frauen und Mädchen im Mittelpunkt der Geschichten.

In Shabnam Nadiyas Erzählung geht es um das Mädchen Mitul und ihre Familie, die unter dem gewalttätigen Vater leiden. Auf dem Universitäts-Campus, auf dem Mituls Familie lebt, weiß man von den Übergriffen. Immer öfter sind blaue Flecken und andere Verletzungen der Frau sichtbar. Jedoch greift niemand ein, die anderen winken die Geschehnisse als unwahr ab oder meinen, es gehe sie nichts an. Als Mituls Mutter bei der Familie der Erzählerin um Schutz und eine Bleibe für einige Tage bittet, wird sie abgewiesen und verschwindet kurz darauf mit ihren Kindern vom Campus. Gerüchte über ihren Verbleib und eine mögliche Affäre kommen auf, während die Not und Machtlosigkeit dieser Mutter und ihrer Kinder von der Gemeinschaft ignoriert werden.

Die wahrscheinlich tragischste Kurzgeschichte im Band ist „Immer wieder“. Auf der Trauerfeier für ihre Cousine Anju erinnert sich die Erzählerin an den sexuellen Missbrauch durch den Onkel zwanzig Jahre zuvor. Quälende Gedanken, die sie bis zum heutigen Tag nicht loslassen. Auch die Erzählung „Rühr mich nicht an“



reflektiert die traumatische Erfahrung sexuellen Missbrauchs und insbesondere die Reaktion der Gesellschaft auf ebendiese.

Die Kurzgeschichte „Wir sind bald da“ thematisiert das Leben einer jungen Frau, die sich losgelöst von ihrer Familie im modernen Dhaka ein emanzipiertes Leben erkämpft hat. Durch einen tragischen Unfall kommt sie unerwarteter Weise wieder in Kontakt mit ihrer Familie und merkt dabei, dass sie ihr näher ist, als gedacht. Eine Geschichte, die den inneren Konflikt einer jungen Bengalin zwischen Tradition und Moderne auf eindrückliche Weise beschreibt.

Am Ende des Buches werden die bengalischen Begriffe in einem Glossar erläutert - eine schöne und sinnvolle Erklärungshilfe. Zudem werden anschließend die Autorinnen der Geschichten vorgestellt, wodurch der Leser Hintergrundinformationen erhält.

„Drahtseilakt“ ist eine interessante und bewegende Sammlung von Kurzgeschichten. Dies zeigt sich durch die Überzeugungskraft und Vielschichtigkeit der einzelnen Geschichten und die gleichzeitige Leich-

tigkeit mit der sie erzählt werden. Es geht um brisante Themen wie häusliche Gewalt, sexuellen Missbrauch, kindliche Unschuld, aber auch um Freundschaft, Wut und Enttäuschung, die Rolle der Frau und ganz allgemein um Umbrüche im Leben von Menschen – das Ganze im Kontext der vielschichtigen bangladeschischen Gesellschaft. Empfehlenswert ist „Drahtseilakt“ für alle Bangladesch-Interessierten sowie für jene, die es noch werden wollen.

„Drahtseilakt“, herausgegeben von Farah Ghuznavi, ist 2015 im Verlag Lotos-Werkstatt erschienen und kostet 12,50 Euro.

Solidarität beginnt im Alltag

Klima und Gerechtigkeit

Von Jule Bode

Dem Slogan „One point five to stay alive“ (übersetzt etwa „1,5 zum Überleben“) begegnete man immer wieder beim Bürgerklimagipfel, der Anfang Dezember 2015 in Montreuil, einem Vorort von Paris, stattfand. Der Slogan verdeutlicht eine Forderung zur globalen Klimaerwärmung: Es bedarf einer Begrenzung der Klimaerwärmung bis auf 1,5 Grad Celsius, damit die Menschen überleben können – auf Pazifikinseln, an Küstenregionen Afrikas und in Bangladesch.

Mehr als 130 Organisationen der Zivilgesellschaft sowie Gewerkschaften und Glaubensgruppen hatten sich zur „Klimakoalition 21“ zusammengeschlossen, um den alternativen Klimagipfel parallel zu den offiziellen Verhandlungen des Pariser Klimagipfels zu organisieren. Über 250 Diskussionen, Vorträge, Workshops und Präsentationen mit mehr als 27.000 Teilnehmern fanden an vier Tagen statt.

Bangladesch ist wegen seiner hohen Besiedlungsdichte in der Nähe der Küstenregionen und mit seinen vielen Wasserläufen besonders von Klimaerwärmung betroffen. Der Zwischenstaatliche Ausschuss über Klimaveränderung, der für die Vereinten Nationen regelmäßig den wissenschaftlichen Kenntnisstand über die Klimaerwärmung zusammenfasst, hatte in seinem Sachstandsbericht 2013 für Bangladesch einen Anstieg zwischen 0,26 und 0,98 Meter bis zum Jahr 2100 prognostiziert. Auf lange Sicht wird ein Meeresspiegelanstieg von zirka 2,3 Meter pro zusätzlicher Erwärmung um ein Grad Celsius vorhergesagt. Land wird verschwinden, Menschen sind gezwungen, zu fliehen.

Damit wird deutlich, dass der oben erwähnte Slogan mehr ist als ein medienwirksames Instrument: Für Millionen Menschen geht es bereits jetzt ums Über-

Veranstaltungen

Cadolzburg Die Firmlinge der katholischen Kirchengemeinde „St. Otto“ beschäftigen sich mit dem Thema „Bangladesch, die Welt und wir“. Im Mittelpunkt des Gottesdienstes steht ein Bericht zum Programm „Ein Leben lang genug Reis“.

Frankfurt/Main Zur Zukunfts-Tour des Bundesentwicklungsministeriums treffen NETZ-Multiplikatoren auf Entwicklungsminister Gerd Müller und Hessens Ministerpräsidenten Volker Bouffier. Die Aktiven zeigen in einem Workshop zum Thema „Wer zahlt den Preis für unsere Kleidung“, wie ehrenamtliches Engagement aussieht.

Herborn Der Weltladen lädt zum Vortragsabend. Die Gäste zeigen sich interessiert am Projekt „Ein Leben lang genug Reis“ und der Lebenssituation der Menschen im ländlichen Norden Bangladeschs.

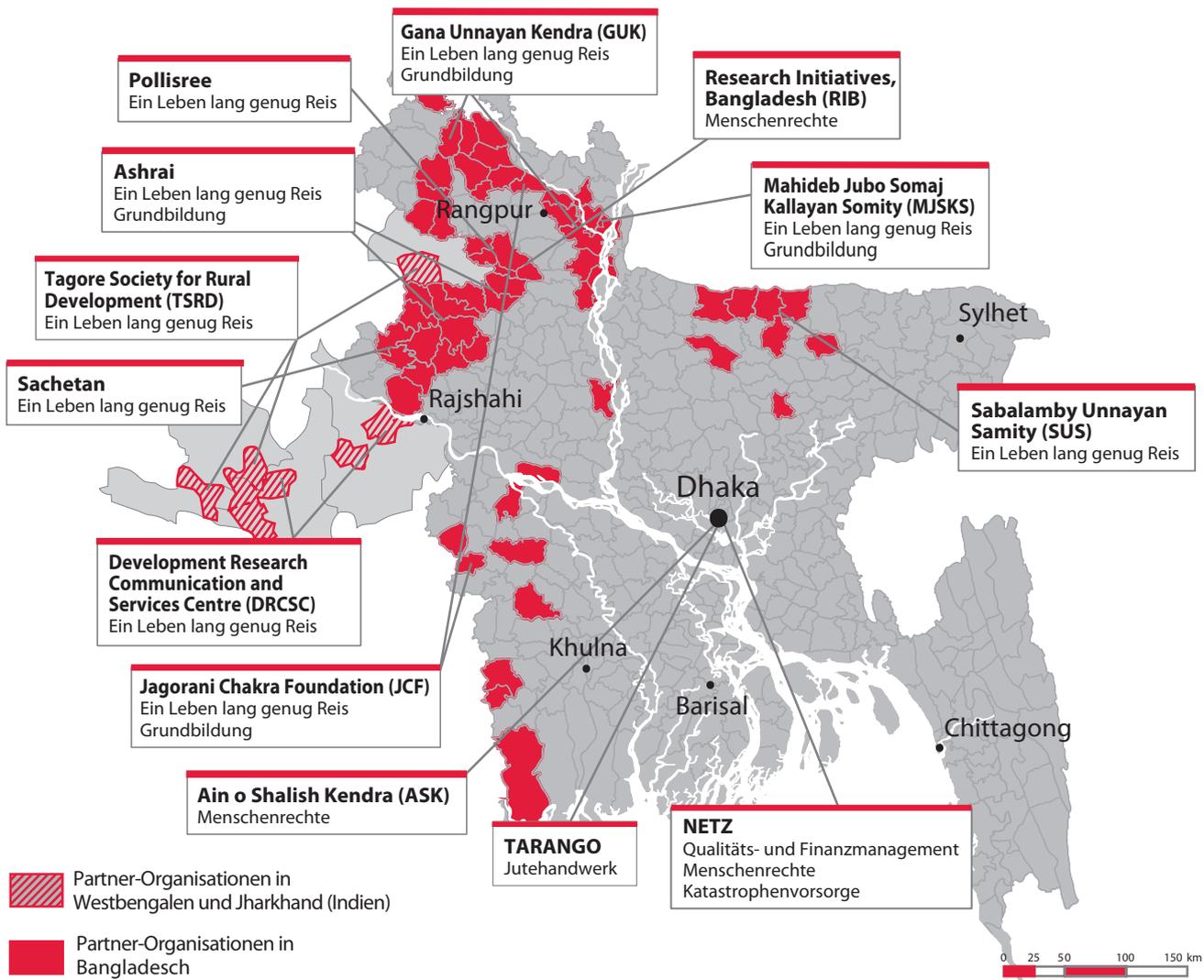
Ravensburg Fastenessen der Kirchengemeinde „Zur Heiligsten Dreifaltigkeit“. Mit den Erlösen ermöglichen die Besucher Kindern in Bangladesch den Grundschulbesuch.

leben. Wie stark dies vom Verhalten jedes einzelnen Menschen – insbesondere im globalen Norden – abhängt, stand im Fokus des Bürgergipfels von Montreuil. Die bekannte kanadische Aktivistin Naomi Klein sprach zur Klimathematik ebenso wie der frühere Greenpeace-Vorsitzende Kumi Naidoo. Sie und viele Menschen, die sich auf lokaler Ebene engagieren, haben die Besucher mit ihrer einfachen aber kraftvollen Botschaft beeindruckt: Es kommt darauf an, Mut zum Glauben daran zu haben, dass Veränderung möglich ist. Für mich beginnt Solidarität mit Bangladesch bereits im Alltag: Überlegen, was wirklich gebraucht wird. Gewohnheiten überdenken und nur so viel nehmen, wie man tatsächlich braucht. Wir wählen dreimal täglich, was auf unsere Teller kommt. Dabei kann ich entscheiden, welchen CO₂-Abdruck ich hinterlasse, ob ich weniger bis gar kein Fleisch esse, regionale Produkte einkaufe und Plastikmüll vermeide.



Foto: Benefikt Reder

Zum „Tag der Hoffnung“ der Bangladesch-Gruppe Tübingen-Hirschau berichtet Jule Bode, Studentin der Friedensforschung, von ihrem Besuch des alternativen Klimagipfels in Montreuil und wie sich ihr Leben durch die Beschäftigung mit Klimawandel, Ursachen und Folgen verändert hat.



Partner und Projekte, die von NETZ unterstützt werden

NETZ konzentriert seine Arbeit auf vier Projektbereiche:

„**Ein Leben lang genug Reis**“ unterstützt Familien, die zu den ärmsten 20 % der Bevölkerung gehören, damit diese dauerhaft ein Einkommen erwirtschaften. So können sie für Nahrung, Kleidung und Gesundheit sowie Bildung ihrer Kinder sorgen. Selbsthilfe-Strukturen werden aufgebaut. 54.046 Familien hat NETZ 2014 im Programm „Ein Leben lang genug Reis“ unterstützt. Über 150.000 Menschen haben seit Beginn des Programms den Hunger dauerhaft überwunden.

Grundbildung ist das Handwerkszeug für eine bessere Zukunft. An den von NETZ unterstützten Schulen lernen Mädchen und Jungen u.a. Lesen, Schreiben und Rechnen. An 393 Grundschulen war NETZ mit Partner-Organisationen 2014 aktiv: in abgelegenen, von Armut geprägten Regionen im Norden Bangladeschs. 35.145 Schulkinder erhielten hier Zugang zu qualitativ hochwertiger Grundbildung.

Menschenrechte: NETZ unterstützt 5.000 Menschenrechtsverteidiger beim Kampf für die

Rechte der Ärmsten und gegen Kinder-Ehen, Landraub und Mitgift-Betrug in den Dörfern. In Menschenrechtsräten engagieren sich lokale Meinungsführer, darunter viele Frauen. Auf nationaler Ebene engagiert sich NETZ, dass Menschenrechtsaktivisten sowie NGOs der Zivilgesellschaft wirksam arbeiten können.

Katastrophenvorsorge: NETZ hilft den Menschen beim Kampf gegen den Hunger nach einer Katastrophe und beim Schutz vor künftigen Überschwemmungen.

NETZ - Zeitschrift für Entwicklung und Gerechtigkeit

Moritz-Hensoldt-Str. 20 / D-35576 Wetzlar

Postvertriebsstück / DPAG / Entgelt bezahlt / G 8619

ISSN 1619-6570



Foto: Lisa Simonis

54 € sichern den Unterricht

Kinder sind neugierig, aktiv und stecken voller Talente. Doch viele von ihnen haben keine Chance, ihre Fähigkeiten zu entdecken und zu entwickeln – weil ihre Familien in Armut leben müssen. Mit Spenden richtet NETZ Grundschulen für Kinder ein, die sonst keine Chance auf Bildung hätten. 54 Euro sichern den Unterricht für ein Kind – ein ganzes Jahr lang. Machen Sie mit. Für eine bessere Zukunft.



Das Spenden-Siegel des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI) bestätigt, dass wir mit den uns anvertrauten Mitteln sorgfältig und verantwortungsvoll umgehen.

Partnerschaft Entwicklung Gerechtigkeit

NETZ
বাংলাদেশ

www.bangladesch.org

**NETZ Partnerschaft für
Entwicklung und Gerechtigkeit e.V.**

Moritz-Hensoldt-Str. 20

D-35576 Wetzlar

Tel.: 06441 / 97463-0

Fax: 06441 / 97463-29

Spendenkonto / IBAN

Volksbank Mittelhessen

DE 82 513 900 0000 0000 6262

BIC: VB MH DE 5F